"" solothurn

Staatskanzlei

Information

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 70

Telefax 032 627 22 75

kanzlei@sk.so.ch

www.so.ch

Medienmitteilung

Teilrevision Kantonale Abfallplanung beschlossen

Solothurn, 21. Mai 2003 - Der Regierungsrat hat eine Teilrevision der Kantonalen

Abfallplanung beschlossen. Diese regelt den Umgang mit Abfällen auf Baustellen

sowie deren Wiederverwertung oder Entsorgung. Der Kanton legt bei seiner Planung

strategische Ziele fest, setzt jedoch für deren Umsetzung mehrheitlich auf die Eigen-

initiative der Bau- und Entsorgungswirtschaft.

Im Kanton Solothurn fallen jährlich über 400'000 Tonnen Bauabfälle an. Es wer-

den somit dreimal mehr Bauabfälle als Kehricht produziert. Zur Verwertung des

Materials stehen dreiundzwanzig Entsorgungs- und Recyclinganlagen zur Verfü-

gung. Für die Deponierung von inerten Baumaterialien ist der Kanton Solothurn

weitgehend auf Anlagen der Nachbarkantone angewiesen.

In der vom Amt für Umwelt vorgelegten Teilrevision Abfallplanung im Bereich

Bauabfälle wurde geprüft ob die vorhandene und geplante Infrastruktur für die

Behandlung und Entsorgung der Bauabfälle im Planungszeitraum bis 2010 aus-

reicht und wie künftig das Engagement des Kantons für die Standortbestimmung

von neuen Anlagen definiert werden soll.

""" KANTON solothurn

Die Planung zeigt auf, dass die heute betriebenen und die geplanten Anlagekapazitäten für die Sortierung und Aufbereitung von Bauabfällen bis ins Jahr 2010
ausreichend gross sind und sich auch nötigenfalls ausbauen lassen. Für die Anpassung der Entsorgungsinfrastruktur setzt der Kanton auf die Eigeninitiative der
Bau- und Entsorgungswirtschaft. Dieser marktwirtschaftliche Ansatz hat sich in den
letzten Jahren gut bewährt und soll deswegen fortgesetzt werden.

Auch die Entsorgung der brennbaren Bauabfälle in den bestehenden Kehrichtverbrennungsanlagen ist für den Planungszeitraum sichergestellt. Im weiteren wurde festgestellt, dass für die Ablagerung der nicht verwertbaren und nicht brennbaren Bauabfälle künftig zusätzliches Inertstoffdeponievolumen zur Verfügung gestellt werden muss. In diesem Bereich ist eine Anpassung der Kantonalen Deponieplanung erforderlich. Dabei soll die bestehende gute Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen berücksichtigt werden.

Zur Eindämmung der illegalen Entsorgung, welche auf 7% der gesamten Bauabfallmenge geschätzt wird, sind noch Anstrengungen nötig. Durch Zusammenarbeit
mit der Baubranche und Vollzugskontrolle wird für 2010 eine Halbierung angestrebt. Um den Absatz der Recyclingprodukte zu fördern soll die Qualität der
Produkte noch verbessert werden.

## Weitere Auskünfte erteilt:

2

Roberto Rossi, Fachstelle Abfallwirtschaft, Amt für Umwelt, 032 627 24 93
Urs Dietschi, Leiter Fachstelle Abfallwirtschaft, Amt für Umwelt, 032 627 28 04